

François und die Turteltauben

Autor(en): **Teitler, Mirjam B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **94 (2014)**

Heft 1014

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Ask Mr.
Sedláček

Wozu eigentlich Ökonomen?

Das wissen viele Ökonomen selbst nicht so genau. Ich sage es immer wieder gern: Die Rolle eines Ökonomen ist bestimmt *nicht*, das BIP zu vergrössern, sondern – schon eher – die Fallhöhe von Konjunkturzyklen zu verkleinern. Das bedeutet: das BIP muss während prosperierender Jahre künstlich verkleinert werden, um Ressourcen zur Erholung zu bilden, auf die in den wirtschaftlich schlechteren Zeiten zurückgegriffen werden kann. Gegenwärtig ist das Gegenteil der Fall: in guten wie in schlechten Zeiten verschulden sich die Staaten.

Und wenn der Staat dauerhaft hochverschuldet ist, so erhöhen sich über die Finanzmärkte die Zinsraten und verschlimmern dadurch die Situation. Denn wenn die Zinsen für Kredite steigen, so ist die übliche Haltung der Politiker nicht: Wir müssen Ausgaben kürzen und Schulden zurückzahlen! Nein, sie verschulden sich weiter und erhöhen damit die Schulden doppelt. Die Anreize für Politiker, sich steuerlich verantwortungsvoll zu verhalten, stimmen also nicht. Sie verleiten zu prozyklischem statt antizyklischem Handeln. Unter den gegenwärtigen Gesetzen ist beispielsweise das griechische Verhalten bis 2008 absolut rational. Vielleicht kennen Sie den Song von U2 «Daddy's gonna pay for your crashed car». Warum soll ich sicher fahren, wenn mein Vater den Schaden bezahlt?

Deshalb braucht es neue Regeln. Die Bürger sollten sich entscheiden, ob sie einen tiefen Steuersatz mit tiefen Staatsausgaben bevorzugen, wie in den USA oder der Schweiz zum Beispiel. Oder ob sie stattdessen einen ausgebauten Sozialstaat oder andere besondere Staatsleistungen wollen. Letzteres zieht einen hohen Steuersatz nach sich – ein Modell, das die skandinavischen Staaten leben und schätzen. Man kann als gewissenhafter Staatsbürger aber nicht eine kleine Steuerbelastung bei gleichzeitig hohen Staatsausgaben fordern. Ich nenne dieses populäre Verhalten «fiskalische Schizophrenie». Über längere Zeit politisch gelebt, führt es zu einer Aufspaltung der (Staats-)Persönlichkeit.

Tomáš Sedláček ist Ökonom und Hochschullehrer. Bekannt wurde er insbesondere durch sein Buch «Die Ökonomie von Gut und Böse» (Hanser, 2012). In seiner neuen Kolumne beantwortet der Freund der Redaktion Fragen aus Politik, Wirtschaft und Kultur.



Lex &
the City

François und die Turteltauben

Was wäre, wenn François Hollande Schweizer wäre? Einfach: die Auserwählte, mit der er wilde Nächte genießt, hiesse nicht Julie Gayet, sondern etwa Barbara Moser.

Und die Filme, in denen sie mitspielte, hätten nicht so verführerische Titel wie «Un baiser s'il vous plaît», sondern vielleicht «Missen-Massaker». Hollande müsste sich auch nicht in einer Undercovermission auf der Vespa durch Metropolen schlängeln, sondern könnte sich im Schatten der Berner Lauben herumdrücken. Bekäme ein «Blick»-Reporter dennoch von seinen nächtlichen Ausflügen Wind, würden diese aber auch hier die Titelseiten der Klatschpresse füllen. Bestimmt würde sich auch der Schweizer Magistrat bald auf seine Privatsphäre berufen, Aussagen zur Affäre verweigern und mit rechtlichen Schritten drohen. Hüben wie drüben stellt sich aber die Frage, ob sich ein Politiker in einem solchen Fall tatsächlich auf seine Privatsphäre berufen kann.

Klar: grundsätzlich steht jeder Person – auch Politikern – der Schutz des Privatlebens zu. Eingriffe müssen sie sich nur gefallen lassen, wenn die Enthüllungen mit ihrer politischen Funktion zusammenhängen und diese deshalb von öffentlichem Interesse sind. Das lässt sich bei nächtlichen Eskapaden nun schwerlich begründen – ausser sie wären so leidenschaftlich, dass sie dem Volksvertreter sämtlichen Schlaf rauben und deshalb seine Regierungsfähigkeit hemmen. Das ist wohl eher selten der Fall, weswegen Hollande sich (auch als Schweizer) weder öffentlich rechtfertigen noch eine intime Berichterstattung tolerieren müsste.

Bundesrat Hollande und seine Moser dürften also unbewegte Miene zum bewegenden Spiel machen – und warten, bis der mediale Sturm vorbeigezogen ist. Anders sähe es bloss aus, wenn Hollande US-amerikanischer Präsident wäre. In Amerika könnten seine nächtlichen Amusements nämlich durchaus Anlass für ein Amtsenthebungsverfahren sein.

Mirjam B. Teitler ist Rechtsanwältin und Partnerin bei Teitler Legal and Media Consulting. Folgen Sie ihr bei Twitter: @MirjamTeitler.